

gegen den übermäßigen Preisauftrieb — eine freiwillige Verringerung der Nachfrage — wird mittlerweile in Nordamerika auch bereits in unterschiedlichsten Formen eingesetzt.

Der republikanische Senator Lawrence H. Smith proklamierte für den Staat Wisconsin einen „kaffeefreien Mittwoch“. Smith erklärte: „Wir wünschen keine Rückkehr zu einer Preiskontrolle durch die Regierung. Aber wenn die Leute freiwillig einen Tag in der Woche auf das Kaffeetrinken verzichten, dann sollen Sie mal sehen, wie Angebot und Nachfrage wieder einen vernünftigen Preis zustande bringen.“

Die meisten Restaurateure in den USA bitten deshalb auch ihre Gäste durch Schilder an den Eingängen, möglichst Tee, Coca Cola oder Milch an Stelle von Kaffee zu bestellen. Zwei Hotels in Philadelphia begannen mit dem umsichtgreifenden Brauch, den Gästen ein Fünf-Cent-Stück zurückzugeben, wenn sie zum Essen keinen Kaffee bestellen. Der Teumsatz in den USA ist inzwischen um 25 Prozent gestiegen.

Der 47jährige Eisenbahn-Inspektor Hall Wilson hat sich in Detroit an die Spitze eines privaten Käuferstreiks gesetzt. Seit einer Woche rufen er und seine Mitarbeiter am Telefon täglich hundert bis zweihundert ihrer Mitbürger an, um ihnen das feierliche Versprechen abzunehmen, während der gegenwärtigen Kaffeehausse nur Tee und Milch zu trinken.

AUSLAND

USA

Amerika, erwache

Ein Bollwerk“, forderte der Senator aus Ohio, John Bricker, in dem von Unruhe erfüllten Sitzungssaal des Washingtoner Capitols, und sein sonst so zufriedenes Sanguiniker-Gesicht legte sich in zornige Falten, „ein Bollwerk zum Schutz der Rechte des amerikanischen Volkes.“

Das Bollwerk soll die Amerikaner vor der Macht ihres eigenen Präsidenten beschirmen. Und Bricker wurde für sein Ansinnen nicht etwa geteert, gefedert und aus dem Land gejagt; vielmehr stimmte mehr als die Hälfte der 96 Senatoren ihm im Prinzip zu.

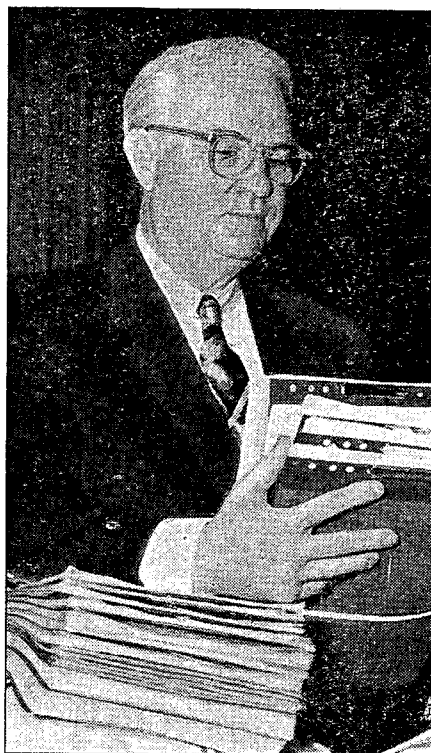
Die Welt aber wird wieder mit dem allmählich vertrauten, doch immer wieder bestürzenden Schauspiel traktiert, das Amerika in seiner inneren Zerrissenheit zeigt: Kongreß gegen Präsidentschaft, Grundsatz gegen Tunlichkeit, Weisheit gegen Narretei. Das gegenwärtige politische Durcheinander („das unsere Umwelt nicht begreifen wird“, wie die „New York Times“ klagte) wurde durch einen Aufstand der nationalistischen „America-First“-Isolationisten der republikanischen Alten Garde ausgelöst.

Bricker und seine Freunde aus dem Mittelwesten wollen die ehrwürdige 166-jährige Verfassung der Vereinigten Staaten ändern. Ihr Antrag läuft darauf hinaus, die Vollmachten des Präsidenten in der Führung der Außenpolitik drastisch einzu-

schränken und sie dem Kongreß zu übertragen:

- Keinen Vertrag, kein Konferenz-Abkommen sollen der Präsident und seine Minister mehr ohne die Zustimmung des Kongresses schließen können.
- Keine schnellen, im Atombomben-Zeitalter lebenswichtigen Entscheidungen wie in Korea und bei der Berliner Blockade soll der Präsident mehr fällen dürfen, ohne sich vorher mit 96 Senatoren und 435 Repräsentanten geeinigt zu haben.

Eine parlamentarische Außenpolitik hätte auch dann katastrophale Auswirkungen, wenn sie von einer Volksvertretung betrieben würde, die weiser ist als der ameri-



Bollwerk gegen den Präsidenten
Alle Macht dem Parlament: **Senator Bricker**

kanische Kongreß. In den USA aber kommt der Antrag Brickers — wie Kommentator Lippmann es ausdrückte — „einer selbst-auferlegten Impotenz“ gleich.

Isolationist John Bricker ist kein Hexenjäger und Dreckschleuderer der McCarthy-Schule, aber einer von den einflußreichen Republikanern, die — nach den Worten Adlai Stevensons — „auf dem Hosenboden, schreiend und strampelnd ins 20. Jahrhundert geschleift werden müssen“. Er ist einer der Senatoren, „die sich voll Verzweiflung gegen die Tatsache sträuben, daß es um Amerika herum so etwas wie eine Welt gibt“, wie der Philosoph John Dewey definierte.

Aber er ist auch ein Mann, in dem sich (wie in vielen Amerikanern) Mißtrauen gegen die Politik der amerikanischen Bundesregierung — gleichgültig, wer darin sitzt — festgefressen hat und sie deshalb

an die Kette der Volksvertretung legen will. „Wir wollen keine Geheimdiplomatie mehr“, erklärt er. Der Kongreß steckt voller Brickers, und Eisenhower, der den Antrag energisch bekämpft, sieht sich einer Meuterei seiner eigenen Partei gegenüber.

Hier ist der Hintergrund der (nach dem Urteil des amerikanischen Anwälte-Verbandes) schwersten Verfassungskrise, der sich das Land je gegenüber sah:

Die Väter der amerikanischen Verfassung haben „zur Förderung der Freiheit“ die Gewalten im Staat unter Volksvertretung, Regierung und Rechtsprechung geteilt und sorgfältig gegeneinander ausgewogen und damit ein Vorbild für alle Demokratien geschaffen. Auch stimmten sie den außenpolitischen Zentralismus der Vereinigten Staaten, soweit es möglich war, auf die föderale Struktur des Landes ab. Aber in Zeiten der Gefahr kommt die Machtbalance ins Wanken.

Der Präsident neigt dann dazu, kühn und selbstherrlich zu handeln. Solange er den Dampfer noch flott einhersteuert, bleibt alles ruhig an Bord. Wenn er aber in ein Minenfeld navigiert, erwacht in den privilegierten Erster-Klasse-Passagieren des Senats das Mißtrauen und die Überzeugung, den Kahn weit besser lenken zu können als der Präsident.

Jalta, Potsdam, China und Korea waren solche Minenfelder, die den Senat — als es zu krachen begann — permanent in Aufruhr versetzten. Zudem glaubten viele Senatoren, daß die Regierung den Staat durch den Beitritt zur Uno ins Schlepp von Kräften gebracht habe, die von den Amerikanern nicht kontrolliert werden könnten. John Bricker nun behauptet, die Ursache dieser Defekte in einer „gefährlichen Lücke unserer Verfassung“ entdeckt zu haben.

Das Loch sah Bricker in den Verfassungsartikeln II und VI. In Artikel II heißt es: „Er (der Präsident) hat die Vollmacht, mit dem Rat und der Zustimmung des Senats (internationale) Verträge abzuschließen, vorausgesetzt, daß zwei Drittel der anwesenden Senatoren zustimmen...“

Hier ist die Mitwirkung des Senats in der Vertragspolitik — einem wesentlichen Teil der Außenpolitik — eindeutig festgelegt. Bricker und seine Mitstreiter vom rechten Flügel der Republikaner vermissen jedoch die Erwähnung der sogenannten „Exekutivabkommen“.

Das sind eigentlich reine Geschäftsabmachungen, die der Präsident oder sein Außenminister im Rahmen eines vom Senat ratifizierten Vertrages mit dem ausländischen Partner selbständig abschließen kann, und die sich — ähnlich wie die Ausführungsbestimmungen eines Gesetzes — mit Detailfragen befassen. Allein mit den Nato-Nationen trifft die US-Regierung täglich an hundert solcher „Exekutivabkommen“ — etwa über die Normung von Militär-Schnürsenkeln und den Bau von Kantinen.

Manche „Exekutivabkommen“ aber drehen sich um mehr als Bekleidungsfragen. Auch die Übereinkünfte von Jalta gehören in diese Kategorie, und wenn John Foster Dulles in Berlin jetzt die Wiedervereinigung Deutschlands und die Anerkennung Rotchinas aushandeln sollte, schloße er ein Exekutivabkommen, in das der Senat ihm nicht hineinfuschen kann. Der möchte das aber, und Bricker schrieb als Kernsatz in

15 Minuten von Frankfurt am Main

ROULETTE · BACCARAT

SPIELBANK BAD HOMBURG

„Muller von Monte Carlo“

seinen Verfassungszusatz-Antrag: „Der Kongreß soll die Vollmacht haben, alle exekutiven und alle anderen Abkommen mit jeder fremden Macht oder internationalen Organisation zu regulieren.“

Da aber kein loyaler Amerikaner seine Machtansprüche ungestraft so nackt und offen verkünden darf, haben Bricker und seine Freunde ihre verfassungsändernde, gleichgewichtsstörende Forderung ringsherum in ein Bekenntnis ihrer Verfassungstreue eingekleidet. Die Bricker-Fronde erklärt, sie wolle „die Verfassung ändern, nur um die Verfassung zu schützen und zu bewahren“ (Rechtsrepublikaner-Advokat Holman). Der (wie die „Washington Post“ meinte) „staatsgefährdende Widersinn“ dieses Vorhabens wird in den Sätzen des Bricker-Zusatzes deutlich, die sich auf den Artikel VI der Verfassung beziehen.

Der Artikel lautet: „... Alle Verträge, die unter der Autorität der Vereinigten Staaten abgeschlossen wurden oder werden, sollen oberstes Gesetz des Landes sein, und die Richter in jedem Einzelstaat sollen daran gebunden sein, auch wenn es einem Punkt der Verfassung oder einem Gesetz des Einzelstaates entgegensteht.“ Diese „Vertragsrecht-bricht-Landesrecht“-Klausel steht in jeder anständigen Verfassung; ohne sie wäre jede internationale Abmachung purer Stumpfsinn.

Die unausrottbaren Isolationisten um Bricker aber erklären, daß viele Verträge auf nicht verantwortbare Weise den rechtmäßigen inneren Frieden der USA, ihrer Einzelstaaten und ihrer Bürger zerstören. Der Zorn der Brickerschen Altgardisten

konzentriert sich besonders auf die Uno, die laut Bricker „durch übernationalen Einfluß innere Umwälzungen“ bezwecke.

Mit verbissenem Ernst zitieren die Brickeriten dafür ein „besonders flagran-tes“ Beispiel: Die Rechte der Einzelstaaten sind im Zehnten Verfassungszusatz garantiert, wonach alle Vollmachten, die nicht an den Bund delegiert sind, den Staaten vorbehalten bleiben. Eine dieser Staatsvollmachten bezieht sich auf die Wildbret-jagd. Deshalb war es dem vogel-freundlichen Präsidenten Wilson vor 40 Jahren unmöglich, ein Bundesgesetz zum Schutz der Wandervogel vor wilden Jägern zu erwirken.

Der geriebene Wilson jedoch schloß ein Exekutivabkommen mit Kanada zur Schonung der zwischen den beiden Ländern hin und her fliegenden Fauna ab. Als der Bürger Holland aus dem Staat Missouri im Jahre 1920 während der Schonzeit einige Wildenten abknallte, wurde er vom Obersten Gerichtshof verurteilt, obwohl das an sich zuständige Parlament von Missouri kein Verbot gegen diesen Zeitvertreib erlassen hatte.

Die politischen Dinosaurier im Senat aber sehen in dem Mißgeschick des Bürgers Holland durchaus nichts Humoristisches. Sie behaupten, daß internationale Verpflichtungen eines Tages nicht nur die Freiheit der Entenjagd verletzen werden. So habe Truman während des Stahlstreiks 1952 die Hüttenwerke beschlagnahmen wollen und zur Begründung die Nato-Waffenlieferungsverpflichtungen der USA angeführt. Die Senatoren weisen mit Cassandra-Rufen auch auf Uno-Abmachungen.

Die eine ist die „Völkermord-Konvention“, die Rassen- und Massennord als Verbrechen brandmarkt (was es ohnehin vorher schon war), aber in einer komplizierten Phraseologie auch „seelische Grausamkeit gegen Mitglieder einer nationalen, rassischen oder religiösen Gruppe“ als kriminell bezeichnet. Bricker-Freund Dirksen fürchtet nicht ohne Grund, daß — wenn Amerika die Konvention akzeptiert — „Tausende unserer Bürger vor ein internationales Gericht gestellt werden könnten“, etwas, das eindeutig gegen die Absicht der Verfassungs-Väter stehe.

Aus derart närrischen Ängsten leitete Bricker die Begründung für die übrigen Vorschläge seines Zusatzantrages her. Sie lauten:

- „Ein Vertrag, der mit der Verfassung im Konflikt steht, soll keinerlei Gültigkeit erlangen.“
- „Ein Vertrag soll als inneres Gesetz der Vereinigten Staaten nur dann in Kraft treten, wenn er bereits bestehenden Gesetzen entspricht.“

Der erste Punkt ist überflüssig, denn die Regierung wird ohnehin durch die Verfassung verpflichtet, nur Verträge abzuschließen, die mit



Zwischen Präsident und Partei
Fraktionsführer Knowland

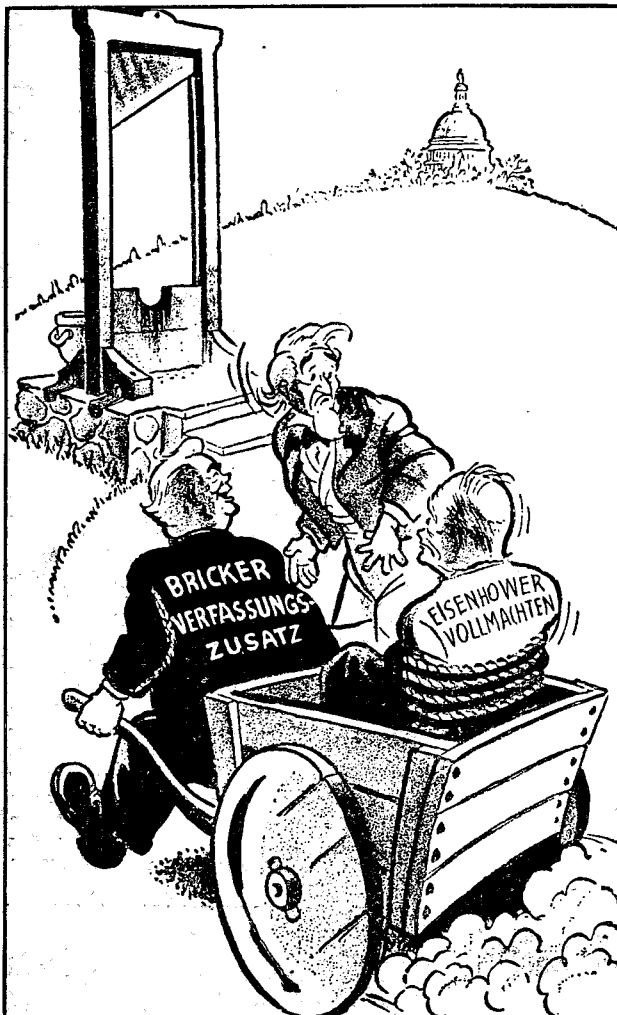
den Prinzipien der Verfassung im Einklang stehen. Der harmlos klingende zweite Punkt aber bedeutet, daß Regierung und Kongreß bei Abschluß und Ratifikation von Verträgen nicht nur die Bundesverfassung, sondern auch die Gesetze aller 48 Einzelstaaten berücksichtigen müßten, und der ganze Vertrag hinfällig würde, wenn er den Gesetzen auch nur eines einzigen Staates widerspräche.

Zwischen den USA und Italien zum Beispiel besteht gegenwärtig ein Abkommen, in dem die Regierung der USA italienischen Staatsbürgern in Amerika völlige Berufs- und Eigentumsfreiheit zusichert und umgekehrt. In mehreren Bundesstaaten gibt es aber Gesetze, die ausländischen Ärzten und Rechtsanwälten die Ausübung ihres Berufes verbieten. Nach dem Bricker-Zusatz wäre das Abkommen ungültig, wenn die Einzelstaaten sich weigerten, ihre abweichende Gesetzgebung aufzuheben.

Das wäre ein Rückfall in die verworrene Urform der USA, die Konföderation von 1776, deren Zentralregierung ein Debatierklub ohne echte Befugnisse war. Gerade durch den jetzt kritisierten Artikel VI der Verfassung von 1787 erhielt der Washingtoner Bund seine außenpolitische Souveränität. Dennoch wurde der Bricker-Zusatzantrag von 64 Senatoren — einer Zweidrittelmehrheit — im vergangenen Sommer eingebracht.

Dwight Eisenhower aber faßte den tapfersten Entschluß seiner bisherigen Präsidenten-Laufbahn: Er erklärte seine „unwandelbare Opposition gegen alles, was die traditionelle Autorität des Präsidenten in außenpolitischen Angelegenheiten beschneiden könnte“ — obwohl er damit zugleich dem mächtigsten Flügel seiner eigenen Republikanischen Partei den Kampf ansagte.

Foster Dulles plädierte vor dem Gesetzes-Ausschuß des Senats beredt gegen die „katastrophale Selbstbehinderung der Nation“, die der Bricker-Zusatz mit sich



The Greensboro Daily News

Bricker: Ich will doch nur den Oberteil abhacken

bringen würde: „Wenn der Kongreß jedes Abkommen begutachten will, wird auch die primitivste Form der Außenpolitik, jedes Bündnis und jede schlagkräftige Maßnahme gegen äußere Bedrohungen unmöglich sein.“ Mit dem Bricker-Zusatz wäre die Berliner Luftbrücke ebenso wenig zustandegekommen wie die erfolgreiche Abwehr der Aggression in Korea.

Der Ausschuß war nicht beeindruckt. Er befürwortete den Antrag mit acht zu vier Stimmen und schickte ihn dem Senatsplenum zur Entschlußfassung zu. Ende vergangenen Monats begann die Debatte und ein krauses Hickhack aus Anträgen, Gegenanträgen und Kulissenmanövern.

Senator Bill Knowland, der republikanische Fraktionsführer, war in diesen Tagen ein gehetzter Mann mit wirrem Blick. Wie ein Weberschiffchen sauste er zwischen Eisenhowers Weißem Haus und dem Senat hin und her, um zwischen dem Präsidenten und seiner eigenen Partei zu vermitteln. Unterwegs skizzierte er im Auto Kompromißvorschläge. Einhundert- und fünfzig Vorschläge wurden binnen zwei Wochen aufgegriffen und wieder fallen gelassen, weil sie entweder dem Präsidenten zu stark oder den Brickeriten zu schwach erschienen.

Im Feuer der Debatte zersplitterten die 96 Senatoren in vier Gruppen. Drei von ihnen sind für Verfassungsänderung. Sie unterscheiden sich durch ihre Ansichten über den Umfang der Änderung. Die vierte Gruppe will es bei dem gegenwärtigen Zustand belassen.

Keine der drei Gruppen, die den Zusatz befürworten, verfügt über die Zweidrittelmehrheit, die für die Annahme ihres verfassungsändernden Antrags erforderlich ist. Wohl aber bilden die drei Gruppen insgesamt eine Zweidrittelmehrheit, doch können sie sich nicht einigen.

Aber die Brickeriten blasen zur letzten Schlacht. In Washington kreuzte jetzt eine Delegation des Klubs der „Wachsamen Frauen von Amerika“ in Washington auf, die John Bricker einen Stapel von 200 000 Unterschriften für seinen Verfassungszusatz und eine Ovation darbrachte. „Sie, meine Damen, sind das Herz und die Seele des patriotischen Amerika“, rief John Bricker, und die wachsamen Damen jauchzten und verteilten Flugzettel mit der Überschrift: „Amerika, erwache!“

PARIS

Die Klatschrosen-Stadt

In den Mittagsstunden des ersten Februar, des kältesten Tages, den die Franzosen seit 80 Jahren erlebt haben, geschah in dem frosterstarrten, von der „Kältekrise“ jäh überrumpelten Paris ein Wunder. Ein

Im psychologisch richtigen Augenblick — die Hörer der Radiodiffusion Française saßen gerade gemütlich hinter zugefrorenen Fenstern bei der Mittagstafel — startete der Abbé mit einem improvisierten Drei-Minuten-Aufruf zur Rettung der vom Kältetod bedrohten Obdachlosen von Paris einen Überfall auf die behäbige Selbstzufriedenheit des französischen Bürgers.



Ein Kinderwagen ohne Räder war das Totenbett: Elendsquartier in Paris

kleiner, blasser Mann mit einem schwarzen, zerzausten Eremitenbart und ebenso schwarzen funkelnden Augen vollbrachte es: der Pfarrer des Pariser Arbeiter-Vorortes Neuilly-Plaisance, Abbé Pierre. Er ist der Apostel der Pariser Bettler und Lumpensammler, der „Clochards“ und der „Chiffonniers“.

Er sprach sie direkt und ohne Umschweife an — in einem barschen, polternden Ton, den der ehemalige Abgeordnete des MRP sich im Umgang mit seinen neuen Freunden, den „Clochards“, zugelegt hat, seit er vor drei Jahren dem Palais Bourbon den Rücken kehrte.

„Heute nacht um drei Uhr“, sagte er, „ist

Spülblitz

DBP und DGM angemeldet

Das neue Geschirrspülgerät

wäscht und spült

und **blitzschnell**
und **blitzsauber**

Fingerdruck-Kontrolle reguliert
Spülschaum und Klarwasser

Perlon- u. Drahtbürste auswechselbar

Einfachste Installation

Ersetzt die normale Mischbatterie

Erhältlich durch alle

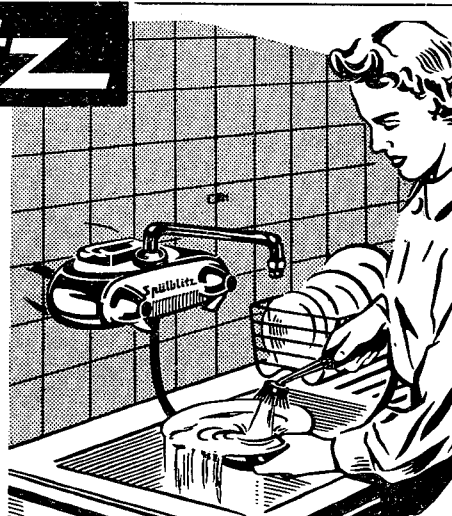
guten Installations-

und Haushaltsgeschäfte

Prospekte durch Alleinhersteller:

AMROP

G.m. Das Spezialhaus für die Mechanisierung des Haushalts
b.H. FRANKFURT / MAIN-SÜD - SCHWEIZER STRASSE 24



ROULETTE
BACCARA

Internationale
SPIELBANK
LINDAU
Bodensee

Auch im Winter der
gesellschaftliche Mittelpunkt
Süddeutschlands